Anmerkung zum Urteil des Finanzgerichts Nürnberg vom 13.5.2016 - Aufwendungen für Fahrten Wohnung – Arbeitsstätte nach neuem Reisekostenrecht ab 1.1.2014 (Fahrten eines LKW-Fahrers zum Sammelpunkt), Az: 4 K 1536/15 (rechtskräftig)

von Diplom-Betriebswirt Uwe Albert, ALBERTAKADEMIE, Hamburg

Sachverhalt:

Im Jahr 2014 war ein Arbeitnehmer als LKW-Fahrer bei einem Arbeitgeber tätig). Seine Tätigkeit bestand darin, Schüttgüter zu transportieren. Den leeren LKW holte er arbeitstäglich am selben Betriebsstandort seines jeweiligen Arbeitgebers ab. Von dort fuhr er zu den Ladestationen (z.B. Steinbruch) und transportierte die Ladung zum Abladeort (z. B. Baustelle.

Für die täglichen Fahrten von der Wohnung zum LKW-Sammelpunkt beantragte der Arbeitnehmer Fahrtkosten nach Reisekostengrundsätzen, also mit 0,30 € je gefahrenen Kilometer. Die lehnte das FG Nürnberg ab.

Urteil:

Aufwendungen für die Fahrten von der Wohnung zur betrieblichen Einrichtung des Arbeitgebers können nach § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4a Satz 3 i. V. m. Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 und Abs. 2 EStG 2014 nur noch nach den Grundsätzen der Entfernungspauschale geltend gemacht werden, wenn der Stpfl. nach den arbeitsrechtlichen Festlegungen sowie den diese ausfüllenden Weisungen und Absprachen zur Aufnahme seiner beruflichen Tätigkeit (Abholung des LKW) dauerhaft typischerweise arbeitstäglich denselben Ort (betriebliche Einrichtung des Arbeitgebers) aufsuchen muss.

Urteilsgründe:

Nach Auffassung des FG Nürnberg ist das FA ist zutreffend davon ausgegangen, dass der LKW-Fahrer nach § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4a Satz 3 i.V.m. Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 und Abs. 2 EStG 2014 für die Fahrten von der Wohnung zur betrieblichen Einrichtung seines Arbeitgebers nur die Entfernungspauschale geltend machen kann, denn er musste nach den arbeitsrechtlichen Festlegungen sowie den diese ausfüllenden Weisungen und Absprachen zur Aufnahme seiner beruflichen Tätigkeit (Abholung des LKW) dauerhaft typischerweise arbeitstäglich denselben Ort (Firmensitz des Arbeitgebers) aufsuchen.

Der LKW-Fahrer und das Finanzamt sind zwar zu Recht übereinstimmend davon ausgegangen, dass der LKW-Fahrer vom Arbeitgeber keiner betrieblichen Einrichtung zugeordnet worden war. Im Streitfall fehlte es an einer Zuordnung des LKW-Fahrers durch seinen Arbeitgeber.

Die Finanzverwaltung lässt die Zuordnung eines Arbeitnehmers zu einer betrieblichen Einrichtung allein aus tarifrechtlichen, mitbestimmungsrechtlichen oder organisatorischen Gründen (z. B. Personalaktenführung), ohne dass der Arbeitnehmer in dieser Einrichtung tätig werden soll, **nicht als Zuordnung i. S. des § 9 Abs. 4 EStG 2014**. Sofern der Arbeitnehmer in einer vom Arbeitgeber festgelegten Tätigkeitsstätte zumindest in ganz geringem Umfang tätig werden soll, z. B. Hilfs- und Nebentätigkeiten (abgeben von Auftragsbestätigungen,

Stundenzetteln, Krank- und Urlaubsmeldungen etc.), kann der Arbeitgeber nach Auffassung der Finanzverwaltung den Arbeitnehmer zu dieser Tätigkeitsstätte zuordnen, selbst wenn für die Zuordnung letztlich tarifrechtliche, mitbestimmungsrechtliche oder organisatorische Gründe ausschlaggebend sind. Auf die Qualität des Tätigwerdens soll es dabei nicht ankommen. An diesen Voraussetzungen fehlte es im Streitfall. **Daher - so das Finanzgericht Nürnberg - war der LKW-Sammelpunkt nicht als erste Tätigkeitsstätte anzusehen!**

Dennoch sind Fahrten von der Wohnung zum sog. Sammelpunkt nach § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4a Satz 3 EStG 2014 nur nach Grundsätzen der Entfernungspauschale abzugsfähig.

Wenn ein Arbeitnehmer keine erste Tätigkeitsstätte nach § 9 Abs. 4 EStG 2014 hat und der Arbeitgeber durch dienst- oder arbeitsrechtliche Festlegungen (einschließlich Absprachen und Weisungen) bestimmt, dass der Arbeitnehmer sich dauerhaft typischerweise arbeitstäglich an einem festgelegten Ort, der die Kriterien für eine erste Tätigkeitsstätte nicht erfüllt, einfinden soll, um von dort seine unterschiedlichen eigentlichen Einsatzorte aufzusuchen oder von dort seine berufliche Tätigkeit aufzunehmen, werden die Fahrten des Arbeitnehmers von der Wohnung zu diesem vom Arbeitgeber festgelegten Ort gem. § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4a Satz 3 EStG 2014 wie Fahrten zu einer ersten Tätigkeitsstätte behandelt; für diese Fahrten dürfen Fahrtkosten nur im Rahmen des § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 4 und Abs. 2 EStG 2014 (Entfernungspauschale) angesetzt werden.

Im Streitfall - so das FG Nürnberg - lagen die Voraussetzungen eines sog. Sammelpunktes vor.